

LINKSJUGEND. Leipzig gegründet

Programmatische Erklärung der LINKSJUGEND. Leipzig beschlossen auf der Gründungsversammlung am 3. November 2007

Wir haben uns als linker Jugendverband in Leipzig zusammengeschlossen, weil wir diese Gesellschaft grundlegend verändern wollen. Die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung ist die Ursache für die meisten Probleme unserer Zeit. Deshalb kommt uns, als jungen, linken Menschen, die Aufgabe zu, die Probleme, sowie ihre Ursachen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und selbstbewusst Lösungen für sie zu formulieren und andere Menschen für unsere Ideen zu gewinnen. Wir stehen gleichzeitig für pragmatische Lösungen ein, die im Zeichen einer solidarischen Gesellschaft stehen, in denen Menschen in Würde leben können – für Schritte, die die sozialen Lebenslagen und die Freiheit der individuellen Lebensentwürfe verbessern helfen.

Lokale Missstände müssen in einem globalen Maßstab gedacht werden. Der Kapitalismus war noch nie eine städtische oder nationale Angelegenheit – er funktioniert über die globale, grenzüberschreitende Vernetzung des Kapitals und ohne demokratische Kontrolle.

Wir stehen ein für:

1. eine Gesellschaft ohne Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und jegliche Form der Diskriminierung. Wir wissen, dass die bestehende Gesellschaft Diskriminierung, Gewalt gegen Marginalisierte selbst hervorbringt. Gerade deshalb reicht der bloße Kampf gegen Nazis und ihre Strukturen nicht aus. Die Formatierung der realen Gesellschaft – das Denken in nationalen, geschlechtsspezifischen oder gar rassistischen Kategorien – verbunden mit einer kruden Konkurrenzlogik und der staatlich betriebenen Herabwürdigung von Menschen – ist das grundlegende Problem und

muss bei allem Aktionismus mitgedacht und thematisiert werden. Eine linke Jugend muss die sozialen Verhältnisse wie Präkarisierung und Sozialabbau, aber auch eine Standortlogik, als Teil neoliberaler und bürgerlicher Ideologie bekämpfen.

2. ein Ende aller derzeit laufenden Privatisierungsvorhaben in Leipzig und überall. Dabei bleiben wir nicht bei der Forderung nach Re-Verstaatlichung stehen, sondern ringen für ein neues Konzept der Vergesellschaftung aller bereits privatisierten Projekte. Nur so kann die gemeinwohlorientierte Erbringung und demokratische Kontrolle von so genannten öffentlichen Daseinsvorsorgeleistungen gewährleistet werden. Gewinnerorientiertes Wirtschaften steht in unseren Augen einer solidarischen Gesellschaft entgegen. Ein generelles Privatisierungsverbot wäre der Garant für das Minimum an öffentlicher Kontrolle. Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Grundgütern. Diese reichen von Nahrung und Wohnung über Wasser- und Energieversorgung, die Abwasserentsorgung, Bildung, Kultur, medizinische Versorgung, öffentlichen Nah- / und Fernverkehr, Post/Telekommunikation.

3. eine Rücknahme der Agenda 2010 (insbesondere der Hartz IV-Gesetzgebung), der Rente mit 67 und der neuen Unternehmenssteuergesetzgebung sowie die Schaffung eines sozialen Versorgungssystems, das ein uneingeschränktes gesellschaftliches und kulturelles Leben ermöglicht. Darüber hinaus fordern wir das Ende aller neoliberalen „Reformen“, die einzig darauf abzielen die Menschen noch stärker in das kapitalistische Verwertungsregime hinein zu pressen.

4. ein Ende der aggressiven Außenpolitik, in deren Schlepptau sowohl militärisch als auch ökonomisch gegen andere Länder vorgegangen wird, um die eigenen Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Ethnische oder religiöse Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und Völkermord können nicht mittels Militäreinsatz verhindert werden. Es bedarf ziviler Konfliktlösungsmechanismen. Wir sehen uns in der Pflicht internationale Kontakte zu emanzipatorischen Akteuren zu suchen und zu pflegen, um gesellschaftliche Veränderungen „von innen“ zu unterstützen.

Gleichzeitig wenden wir uns gegen die Abschottung der EU-Außengrenzen gegen Menschen, die aus verschiedensten Gründen Zuflucht suchen. Wir fordern: offene Grenzen umfassende Gleichberechtigung von MigrantInnen und eine Senkung der Rüstungsausgaben. Wir treten gegen jegliches Denken ein, das sich in nationalen Grenzen bewegt und wenden uns strikt gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie.

5. einen sofortigen Stopp der Militarisierung und Repression im Inneren und eine Umlage der Gelder in soziale Projekte, ein Ende der Überwachung der Linkspartei durch den Verfassungsschutz und ebenso ein Ende staatlicher Repressionen gegen linke, alternative Projekte. Soziale Sicherheit und maximale demokratische Teilhabe erscheinen uns die geeigneten Konzepte für eine gerechte und stabile Gesellschaft – und nicht Repression, Normierung und Überwachung.

6. Bildung, welche ein wichtiger Teil der Persönlichkeitsentwicklung des Menschen und Bedingung gesellschaftlicher, politischer und kultureller Teilhabe ist.

Deshalb fordern wir ein gebührenfreies und selbstbestimmtes Lernen für alle Menschen. Dabei sollte jede/r das Recht haben, eigene inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und sich soviel Zeit nehmen zu können, wie er/ sie braucht. Wir lehnen die Ökonomisierung und die immer weiter fortschreitende Entdemokratisierung von Bildungseinrichtungen ab. Bildung darf nicht Kapitalinteressen unterworfen werden. Es ist wichtig die Rahmenbedingungen zu verbessern, was unter anderem bedeutet: Geld für mehr Lehrpersonal, eine bessere Ausstattung, ausreichende kostenlose Lehrmittel und unabhängige Forschung zur Verfügung zu stellen.

7. für einen Versuch alternative Räumlichkeiten im Rahmen unserer Möglichkeiten (Liebknecht-Haus) aufzubauen und zu betreiben. Wir möchten Seminare zu Themen, die Jugendliche in ihrer Arbeits-, Lebens- und Bildungsumwelt berühren, anbieten und kulturelle Alternativen schaffen (Konzerte, sportliche Aktivitäten, Filmabende usw.), an denen

Jugendliche kostengünstig teilnehmen können und durch die man sie für Politik interessieren kann. Politik ist nichts abstraktes, weltfremdes, sondern findet konkret mit und um uns statt.

Als Jugendverband der Partei DIE LINKE sehen wir unseren Wirkungsraum in der Partei, aber vor allem auf dem gesamtgesellschaftlichem Terrain. Wir sehen Partei und Jugendverband als politischen Raum und politisches Instrument zur Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir arbeiten eng mit linken und sozialen Bewegungen wie Gewerkschaftsstrukturen zusammen. Wir stehen für eine politische Kultur der Offenheit, Solidarität, Hierarchiefreiheit. Neben der politischen Meinungsbildungstätigkeit wollen wir konkrete Unterstützung leisten: sei es durch Beratung oder die Unterstützung von Menschen und Gruppen durch die Nutzung der Strukturen und Ressourcen der Partei. Dazu gehört auch eine verstärkte auf die konkreten Probleme der Menschen

eingehende soziale Tätigkeit, wie zum Beispiel soziale Beratung oder gegebenenfalls Rechtshilfe, Angebote unkommerzieller schulischer Nachhilfe, oder Möglichkeiten der Konfliktbewältigung aufzuzeigen. Die LINKE muss Menschen Möglichkeiten bieten sich zu organisieren, um ihre Belange selbst und gemeinsam mit anderen in die Hand zu nehmen.

Diese Erklärung wurde auf dem Gründungsabend am 3. November 2007 beschlossen.

In den siebenköpfigen Koordinierungsrat wurden folgende Mitglieder gewählt:

Stefan Fulz
Michael Klemm
Florian Kraher
Susann Lindner
Anja Pellmann
Pia Probst
Antje Soyka

Arbeitsplan des Stadtvorstandes bis Dezember 2007

I. Arbeitsschwerpunkte:

1. Bestandteil des Arbeitsplanes ist das von der Stadtdelegiertenkonferenz beschlossene Aktionsprogramm 2007/2008
2. Ständige Tagesordnungspunkte der Stadtvorstandssitzungen:
 - Einschätzung der aktuell-politischen Lage
 - Protokoll- und Beschlusskontrolle
 - Anträge

II. Beratungen des Stadtvorstandes 27. November 2007

- Im Dialog mit der Ökologischen Plattform, Adele Leipzig
- Konzeption zur Antifa-Arbeit der Partei DIE LINKE und Maßnahmen
- Erarbeitung Konzept Angebote Neumitglieder
- Berufung Arbeitsgruppe Liebknecht-Haus Leipzig
- Ausarbeitung Arbeitsplan I/2008
- Auswertung Konferenz „Demografischer Wandel“
- Konzeption zur Überarbeitung der kommunalpolitischen Leitlinien

- Konzeption zur Liebknecht-Luxemburg-Ehrung in Leipzig

11. Dezember 2007

- Im Dialog mit der AG LISA
- Bericht Personalentwicklungskommission
- Durchführung Generalevaluierung
- Einberufung 2. Tagung 1. Stadtparteitag für den 23. Februar 2008
- Diskussion und Beschluss Arbeitsplan I/2008
- Berufung der AG Öffentlichkeitsarbeit
- Diskussion und Beschluss des Neumitgliederkonzeptes

III. Weitere Termine und Veranstaltungen

21. November 2007

Im Gespräch SV Leipzig, SV Chemnitz und Rothaus e. V. in Chemnitz

25. November 2007

Terre des Femmes

30. November bis 2. Dezember 2007

2. Bundeskongress des SDS in Leipzig

9. Dezember 2007

Seniorenpolitische Konferenz der Landtagsfraktion Sachsen

10. Dezember 2007

Tag der Menschenrechte

15. Dezember 2007

Jahresabschluss Stadtvorstand mit den Stadtbezirksbei- und Ortschaftsräten

14. Januar 2008

Liebknecht-Luxemburg-Ehrung Berlin

15. Januar 2008

Liebknecht-Luxemburg-Ehrung Leipzig

23. Februar 2008

2. Tagung des 1. Stadtparteitages DIE LINKE. Leipzig

Öffnungszeiten und Abrechnung

Die Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE im Liebknecht-Haus hat vom 20. Dezember 2007 bis zum 1. Januar 2008 geschlossen.

Die Abrechnungen der Beiträge und Vorschüsse sollten bis zum 15. Dezember 2007 (außer am 10. Dezember) in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus erfolgen.

Arbeitsteilung und Aufgabengebiete der Mitglieder des Stadtvorstandes

DIE LINKE. Leipzig

Der Stadtvorstand hat sich auf folgende Arbeits- und Aufgabenverteilung verständigt:

Dr. Volker Külow (Vorsitzender)

- Gesamtverantwortung
- Außenvertretung DIE LINKE. Leipzig, einschließlich der juristischen Vertretung
- Verbindung zum Bundesvorstand sowie zum Landesvorstand und der Landtagsfraktion
- Personalentwicklung
volker.kuelow@die-linke-in-leipzig.de

Carola Lange (stv. Vorsitzende)

- Vertretung des Vorsitzenden bei dessen Abwesenheit
- Verbindung zur Fraktion DIE LINKE. im Leipziger Stadtrat
- Verbindung zum Landesrat Sachsen
- Koordinierung der Wahlkreisbüros in Leipzig
- Jugendarbeit
- verantwortlich für Stadtbezirk Ost
carola.lange@die-linke-in-leipzig.de

Jochen Beißert (stv. Vorsitzender)

- Vertretung des Vorsitzenden bei dessen Abwesenheit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Personalentwicklung
- Mitgliedergewinnung
- Kampf gegen Rechtsextremismus/Antifa
- Gewerkschaftspolitik
- außerparlamentarische Opposition/Bündnispolitik/Kontakt zu Verbänden, Vereinen
- Demokratisierung
- Stadtentwicklung
- Kontakt zu allen Territorialgliederungen/Strukturentwicklung
jochen.beissert@die-linke-in-leipzig.de

Elke Gladytz (Schatzmeisterin)

- Finanzfragen
- Kontakt zum Landesrat Sachsen
- verantwortlich für Stadtbezirk Südost
elke.gladytz@die-linke-in-leipzig.de

Dr. Keith Barlow

- Europa-, internationale und Friedenspolitik

- Unterstützung von Leipzigs Neue
- Kontakt zu Erwerbsloseninitiativen
- verantwortlich für Stadtbezirk Nordost
keith.barlow@die-linke-in-leipzig.de

Martin Bertram

- Gleichstellungspolitik
- Jugendpolitik
- verantwortlich für Stadtbezirk Mitte
martin.bertram@die-linke-in-leipzig.de

Steffi Deutschmann

- Koordinierung der Territorialen Gliederungen
- Leiterin der Geschäftsstelle
- politische Bildung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Redaktion Mitteilungsblatt
- seniorenpolitische Arbeit
- Koordinierung der Arbeit der Zusammenschlüsse
- verantwortlich für Stadtbezirke Nordwest und Mitte
steffi.deutschmann@die-linke-in-leipzig.de

Thomas Dudzak

- Hochschulpolitik
- Umweltpolitik
- Öffentlichkeitsarbeit
- Mitgliedergewinnung und Neumitgliederbetreuung
- verantwortlich für Stadtbezirk Süd
thomas.dudzak@die-linke-in-leipzig.de

Ingo Groepler-Roeser

- Gewerkschaftspolitik
- Familienpolitik
- Öffentlichkeitsarbeit
- Politik gegen Ausgrenzung und Diskriminierung
- verantwortlich für Stadtbezirk Süd
ingo.groepler-roeser@die-linke-in-leipzig.de

Christine Halle

- internationale Kontakte
- Kinder, Jugend, Schule
- Redaktion Mitteilungsblatt
- Öffentlichkeitsarbeit
- verantwortlich für Stadtbezirk West
christine.halle@die-linke-in-leipzig.de

Sylvia Höhne

- Sozialpolitik
- Öffentlichkeitsarbeit
sylvia.hoehne@die-linke-in-leipzig.de

Skadi Jennicke

- Kulturpolitik
- Bildungspolitik
- Jugendpolitik
- verantwortlich für Stadtbezirk Nord
skadi.jennicke@die-linke-in-leipzig.de

Barbara Krause

- Mitgliedergewinnung und -betreuung
- Kulturpolitik
- Bildungspolitik
- verantwortlich für Stadtbezirk Nordost
barbara.krause@die-linke-in-leipzig.de

Gerhard Lauter

- Demokratisierung und Bürgerrechte
- Ausländerintegration
- Kontakte zu Vereinen und Bürgerorganisationen
- verantwortlich für Stadtbezirk Altwest
gerhard.lauter@die-linke-in-leipzig.de

Susann Lindner

- Kinder- und Jugendpolitik
- verantwortlich für Stadtbezirk Ost
susann.lindner@die-linke-in-leipzig.de

Sören Pellmann

- Bildungspolitik
- Öffentlichkeitsarbeit
- Pressesprecher
- Gestaltung Internet, Mitteilungsblatt und andere Publikationen
- verantwortlich für Stadtbezirk West und Nordwest
soeren.pellmann@die-linke-in-leipzig.de

Veronika Petzold

- Verbindung zum Landesvorstand
- Familienpolitik
- Frauenpolitik
veronika.petzold@die-linke-in-leipzig.de

Email an die Vorstandsmitglieder

Wer eine Email an alle Vorstandsmitglieder schicken möchte kann dafür die Adresse:

vorstandsmitglieder@die-linke-in-leipzig.de

verwenden.

Arbeitsplan der AG Senioren I/2008

Die Beratung der AG Senioren finden jeden ersten Donnerstag im Monat (außer im Mai) um 9:00 Uhr im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, statt. Gäste sind herzlich willkommen.

3. Januar 2008

Die Rolle der bürgerorientierten Daseinsvorsorge für die Stadtentwicklung. Gast: S. Schlegel

7. Februar 2008

Ein Jahr mit Ärzten für die Welt in einem

Slum in Nairobi. Gast. Dr. H. Lemme.

6. März 2008

Vorsorge im Alter, Krankheit und Lebensende/Internationaler Frauentag 2008. Gast: Tr. Schneider.

3. April 2008

Vorbereitung des Bundesparteitages aus der Sicht des Landesvorstandes Dresden der Partei DIE LINKE. Gast: E. Stange.

8. Mai 2008

Gemeinsame Gesprächsrunde mit Senioren und Jugendlichen vom neu gewählten Jugendverband in Leipzig. Gäste: S. Dieckmann und M. Bertram.

5. Juni 2008

Eine Stunde mit dem Bürgermeister für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport der Stadt Leipzig zu aktuellen Problemen. Gast: H. Rosenthal.

Im 2. Halbjahr 2008 ist eine Seniorenpolitische Konferenz geplant.

„Ladenschluss“ wird greifbarer!

Im Oktober ließ die Berliner Immobilienfirma Immovaria, Eigentümerin des auch „Goldene Kugel“ genannten Hauses in der Richard-Wagner-Straße, zum ersten Mal öffentlich verlautbaren, dass sie die eigene Mieterin, die Thor-Steinar-Filiale „Tönsberg“, so schnell wie möglich loswerden wolle. Der Versuch den Laden mit freundlichen Worten zum vorzeitigen Ende des dreijährigen Mietvertrages zu bewegen allerdings fruchtete nicht. Es bleibt also der Rechtsweg, der in der Presseberichterstattung vage angedeutet wurde.

In Magdeburg steht für Mitte November die Eröffnung der Hauptverhandlung in Sachen Räumungsklage der zum katholischen Bistum Magdeburg gehörenden Vermietergesellschaft gegen die dort eingemietete Thor-Steinar-Filiale „Narvik“ an, die Mieterin hätte in Bezug auf ihr Sortiment willentlich Täuschung bzw. Verschleierung betrieben.

Unterdessen hat sich der Bürgermeister der norwegischen Stadt Narvik an die deutsche Regierung gewandt. Dem Laden wird Verunglimpfung des Namens der Stadt Narvik und damit der direkte Angriff auf die Opfer des Zweiten Weltkrieges vorgeworfen. Das im Norden Norwegens gelegene Städtchen Narvik hatte für die deutsche Kriegsindustrie große Bedeutung, von dort wurden große Mengen von Eisenerz nach Deutschland verschifft. Bei der Schlacht um Narvik wurde die Stadt vor allem durch deutsche Bomber fast gänzlich zerstört. Zwar fehlen ähnlich klare Bezüge zur ebenfalls in Norwegen gelegenen Hafenstadt Tönsberg, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich die

Namenswahl in die Neigung der deutschen Nazis zu ihren „nordisch-germanischen Wurzeln“ einreicht. Die alte, verbotene Symbolik der Marke Thor Steinar bestand aus einer Kombination von zwei Runen – übereinander gelegt dargestellt ähnelten diese bei einer leichten Schrägstellung dem Symbol der „Waffen-SS“. Runen als altnordisch-germanische Zeichen wurden im NS im Sinne einer germanisch, arischen Traditionslinie verwendet und werden auch heute in der Naziszene häufig und durchaus bewusst genutzt.

Nach juristischen Querelen und ca. 275 Strafverfahren, die allein 2005 wegen des Tragens von Thor Steinar eingeleitet wurden, veränderte die Herstellerfirma Mediatex die Symbolik. Das neue Logo besteht aus einer so genannten Gebo-Rune mit zwei Punkten und ist strafrechtlich nicht relevant. Die Verquickung der Firma Mediatex mit wie auch die Bedeutung der Marke für die rechte Szene allerdings sind geblieben. In der Publikation „Hinter den Kulissen. Argumentationshilfe gegen rechte Parolen“ der Polizeidirektion Leipzig findet sich die Bekleidungs-marke Thor Steinar in der Kategorie „Erkennungszeichen der rechten Szene“ wieder. Ähnliche Einordnungen nimmt der sächsische Verfassungsschutz vor.

Dem „Tönsberg“ in Leipzig ist seit seiner Eröffnung mit zahlreichen Demos und Aktionen heftiger Protest entgegengeschlagen. Anstelle von Schaufensterscheiben zieren Holzverkleidungen die Fassade. Allein die politische Repräsentanz der Stadt Leipzig schweigt zur Sache. Ein Mitte Oktober im linxxnet

konstituiertes Bündnis aus Antifa- und zivilgesellschaftlichen Gruppen, Partei-jugendvertretern und Einzelpersonen – „Ladenschluss“ Aktionsbündnis gegen rechts – hat sich inzwischen mit einem Offenen Brief an den Oberbürgermeister Leipzigs gewandt, in dem eine Stellungnahme wie die „Ausschöpfung aller Mittel, die der baldigen Schließung des Ladens dienlich sind“ gefordert werden. Die Stadtratsfraktion der Partei DIE LINKE fragt in einer Anfrage an den OBM ebenfalls wie die Eröffnung eines Ladens bewertet wird, der rechtes Klientel anzieht sowie nach Thor-Steinar-tragenden Ordnern beim FC Lok Leipzig.

Dass Worte im Protest gegen das „Tönsberg“ nicht ausreichen und dass antifaschistisches Engagement sich nicht nur an einem Laden aufhängen kann, liegt auf der Hand.

Thor Steinar ist lediglich eine Fußnote in der wachsenden Nazi-Aktivierung. Übergriffe auf Alternative Zentren und Menschen, Spontandemos, geschichtsrevisionistische Veranstaltungen und brutales Auftreten im Fußball-Milieu kennzeichnen auch die Situation in Leipzig. Das Aktionsbündnis gegen rechts plant verschiedenste Aktivitäten: am 9.11. fand eine Kundgebung im Gedenken an die Opfer der antisemitischen Novemberpogrome 1938 in der Nähe des „Tönsberg“ statt. Im November und Dezember werden in Form und Methode vielfältige Aktionen folgen. Infomaterial, Protest-Postkartenaktion sowie eine Internetseite (www.ladenschluss.blogspot.de) gibt es außerdem... und MitstreiterInnen sind erwünscht!

Juliane Nagel

Rückkehr zu „Lebensbedingungen der Ururgroßeltern“

„Prekarität ist überall“ war das Thema des Referats von Pierre Bourdieu Ende 1997 auf dem „Europäischen Treffen gegen Prekarität“ in Grenoble. Prekarität sei, so führte Bourdieu damals aus, „allgegenwärtig“ geworden. Ekkehard Lieberam unternimmt es in seiner gleichnamigen Schrift diese Entwicklung hin zur sozialen Verunsicherung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, zu den „Lebensbedingungen unserer Ururgroßeltern“ mit einer Fülle von Zahlen und Tabellen zu belegen. Er führt so konkret vor Augen, was es bedeutet, wenn in den Eckpunkten der Partei DIE LINKE von einer „offen hervortretenden Klassenspaltung“ gesprochen wird. Ausgangspunkt seiner Arbeit ist die kurze, aber heftige öffentliche Unterschichtdebatte im Oktober 2006 um das in einer Studie der Friedrich-Ebert Stiftung entdeckte „abgehängte Prekariat“. Dass diese Debatte auch jetzt noch nicht ab-

reißt, hänge mit der Dramatik der sozialen Umwälzungsprozesse zusammen, mit dem Umzug der Armut vom Keller in den ersten Stock der Gesellschaft, damit, dass die objektive Unsicherheit mittlerweile eine anhaltende subjektive soziale Unsicherheit und eine kritische Politisierung bewirke. Der Autor geht auf die Diskussion unter kritischen Sozialwissenschaftlern um Prekarität, Prekariat und Prekarisierung ein. Entsprechend dem Prinzip „die Schmach noch schmachvoller (zu machen), indem man sie publiziert“, vermittelt er ein Bild der im internationalen Vergleich außergewöhnlich reichen Oberschicht der Bundesrepublik und belegt die tiefe Kluft zwischen Armut und Reichtum mit Einkommensunterschieden bis zu 1 zu 2000. Lieberam will augenscheinlich dem Leser zwei Botschaften zukommen lassen. Zum einen ist es die, dass der enge Zusammenhang zwischen der neo-

liberalen Politik und der sozialen Verunsicherung wichtig sei, aber die eigentliche Ursache der Ausweitung „prekärer Verhältnisse“ im Modus der Kapitalakkumulation gesehen werden müsse, wie sie Karl Marx vor allem im Ersten Band des Kapitals analysiert habe. Zum anderen ist es die Aussage, dass linke Politik nur dann diesen Namen verdient, wenn sie sich als Klassenpolitik versteht, d. h. den vereinzelt den Kampf der „bloßen Eigentümer von Arbeitskraft“ gegen die neoliberale Kapitaloffensive zu einem einheitlichen und bewussten Kampf gestaltet, wenn sie nicht die Haushaltsfrage, sondern die Machtfrage stellt.

Ekkehard Lieberam, Prekarität ist überall, Kritisches zu einer Debatte, 96 Seiten, edition ost in Zusammenarbeit mit dem Liebknecht-Haus Leipzig, 4,90 • Dieses Buch ist in der Geschäftsstelle DIE LINKE, im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, erhältlich.

Buchvorstellung

Am **Dienstag, 4. Dezember 2007, 18:00 Uhr**, findet die Buchlesung Annelies Laschitzas: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie mit der Autorin Prof. Dr. Annelies Laschitzas (Berlin) im **Liebknecht-Haus**, Braustraße 15 statt. Karl Liebknecht faszinierte durch Lebenslust, revolutionären Geist und Charisma. Laschitzas Biographie übertrifft

bisherige Darstellungen von Leben und Werk Karl Liebknechts (1871–1919) an Prägnanz und Detailfülle. Sie charakterisiert seine Träume, Leidenschaften, philosophischen und musischen Ambitionen, privaten Krisen und politischen Auseinandersetzungen. Annelies Laschitzas, geb. 1934, Historikerin, erlangte weltweite Anerkennung durch die Edition der gesammelten Briefe und die

Mitherausgabe der Werke Rosa Luxemburgs. Sie war Beraterin des Luxemburg-Films von Margarethe von Trotta.

*Annelies Laschitzas
Die Liebknechts
Karl und Sophie – Politik und Familie.
Gebunden, 511 Seiten,
ISBN 978-3-351-02652-3
Erschienen bei: Aufbau-Verlag 2007
Preis: 24,95 •*

Zeichenkurs

Grundlagen der Malerei und des Zeichnens: Für Fortgeschrittene und Anfänger. In diesem Kurs erfahren Sie die „Geheimnisse“ der klassischen und modernen Maltechniken. Übungen helfen Ihnen, die Angst vor dem weißen Blatt zu verlieren. Wir erarbeiten grundlegende Kenntnisse der Perspektive, schulen unsere Beobachtungsgabe und werden das Wechselspiel von Licht und Schatten darstellen.

Die Vorkenntnisse der Teilnehmer/innen werden dabei berücksichtigt.

Der Kursleiter ist ausgebildeter Kunstpädagoge und als Maler in Leipzig tätig. (siehe: <http://daniel-muecksch.npage.de>)

Material und Techniken werden in der ersten Stunde besprochen.

Ort: Liebknecht-Haus, Braustraße 15, Beratungsraum

Datum: jeweils montags von 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr

Beginn: 3. Dezember 2007

Kursleiter: Daniel Mücksch

Berufung AG Öffentlichkeitsarbeit

Der Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig, wird in seiner Sitzung am 11. Dezember die AG Öffentlichkeitsarbeit (i. S. d. Satzung) berufen. In dieser AG können bis zu fünf Mitglieder mitwirken, welche wiederum quotiert zu besetzen sind.

Wer Interesse an einer Mitgliedschaft in dieser AG hat, meldet sich bitte umgehend bei Steffi Deutschmann per Telefon (0341 14064411) oder per email: steffi.deutschmann@die-linke-in-leipzig.de

Eine Antwort auf die Gedanken zum 1. Stadtparteitag: Ist das Neue daran auch das Neue drin?

Liebe Genossinnen Pia und Jana,

ja, Ihr habt in sachlicher und kritischer Beobachtung eine Situation analysiert, die auch mich „alte“ Genossin schon seit Jahren bewegt und unzufrieden macht. Ich setze jetzt alle meine Hoffnungen in Euren Vorstoß, mit der Thematisierung dieser Situation auch eine Debatte darüber einzuleiten, wie dieser Mechanismus aufzubrechen und in eine wirkliche innerparteiliche Demokratie münden kann und muss.

Das von Euch haarscharf beobachtete Wahlprozedere mit seinen vorbestimmten Folgen und Ergebnissen ist jedoch nur eine Erscheinungsform von Trägheit, Angst vor Neuem oder freiwillig/unfreiwilliger Unterordnung in unseren Reihen. Schon die öffentliche Äußerung von normabweichenden Meinungen und Standpunkten reichen aus, um „geächtet“ und gemäßregelt zu werden – ich weiß, wovon ich spreche.

Politische Kultur – in Form von Akzeptanz, Toleranz, Zuhören, Offenheit, Neuem eine Chance zu geben – sie gibt es oftmals eher unter politisch unterschiedlich Denkenden als unter uns Gleichgesinnten. Ist es nur das Beharren auf eine nicht existente absolute Wahrheit? Oder ist es die Scheu, sich mit anderen Meinungen auseinander zu setzen, um die Anstrengung des Prüfens, des ständigen Hinterfragens von gefundenen Positionen zu umgehen? Um Machterhaltung dürfte es in unserer gesellschaftlichen Position ja wohl weniger gehen – oder?

Lange habe ich über eure Begrifflichkeit der „Funktions-träger“ nachgedacht. Zum einen, weil ich in einer geschichtlichen Zeit politisch Denken und Handeln gelernt habe, wo „Funktionär sein“ durchaus „Karriere machen“ hervorbrachte – aber auch hier: bitte keine

Pauschalisierung! Ein Schabowski ist zwar einer zuviel, aber viele mit Funktionen Betraute verstanden sich als Beauftragte im Dienst einer richtigen Sache. Zum anderen, welche Karriere kann eigentlich ein Linker heute noch anstreben? Materiell sowieso eine unbedeutende Anzahl. Aber dennoch, der von euch beschriebene Mechanismus ist real. Also sollten wir den Umständen und Ursachen nachgehen – in offener und fairer, von voreiligen Verurteilungen freier Debatte.

Als Sprecherin der AG „Soziale Politik“ berührt mich natürlich ganz besonders eure Beobachtung zum Zusammenwirken mit den verschiedensten gesellschaftlichen Akteuren. Die gleiche Beobachtung veranlasste mich zur Gründung dieser AG. Sie soll dieses Defizit ausgleichen und das Bindeglied (siehe Leitlinien) zwischen Partei, parlamentarischen Vertretern und außerparlamentarischen Akteuren herstellen. Seit ihrer Gründung vor zwei Jahren kann konstatiert werden:

1. Anfangs misstrauisch bäugt und teil-

weise als „störendes Element“ behandelt, gewinnt die AG „Soziale Politik“ zunehmend Beachtung, ja auch Anerkennung.

2. Wir agieren mit einer Vielzahl von gesellschaftlichen Kräften, auch den von euch genannten in Gewerkschaften und in der linken Szene. Wir haben nicht den Anspruch, uns einzumischen oder Bedingungen zu stellen – Wir wollen Ideen und Initiativen befördern, diese mit dem Potenzial unserer Partei stärken. Wahrscheinlich nicht immer einfach und konfliktlos. Und: ohne Ausdauer, Geduld, Beharrlichkeit einschließlich Aushalten von Konflikten ist nichts zu erreichen – also auch die „Mühen der Ebene“ in Kauf nehmen.

3. Zurück zu eurer kritischen Beobachtung: Ja, auch unsere AG wird kaum einbezogen in die Arbeit unseres Stadtverbandes, unsere Erfahrungen – wenn erfolgreich, zwar auch gelobt – wenig gefragt. Unverändert sind wir ein kleines „Häuflein“, das sich einmischt – ob gefragt oder auch ungefragt. Das sollte doch gemeinsam zu ändern sein! Abschließend sei festgehalten: Eure Wortmeldung macht Mut, dass es uns gelingen kann, „auch das Neue darin“ in Gang zu bringen!

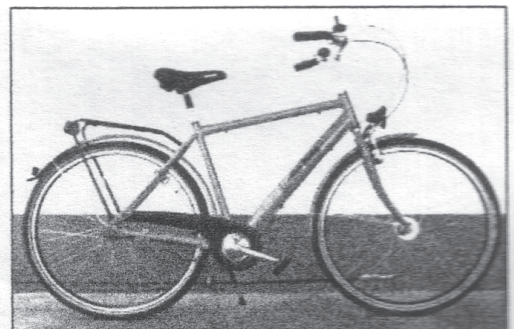
Petra Weißfuß

Strike-Bike für Kuba

Cuba Sí möchte 30 Strike-Bike-Solidaritätsfahrräder für Kuba bestellen, um sie den Arbeiter-innen der Cuba Sí-Landwirtschaftsprojekte zu übergeben. Dort werden sie dringend benötigt. Das Strike-Bike wird in der Bike System GmbH in Nordhausen/Thüringen hergestellt. Seit dem 10. Juli 2007 halten die 135 Arbeiter-innen ihren Betrieb besetzt. Sie wollen verhindern, dass der Betrieb demontiert und verkauft wird und haben beschlossen, die Produktion in Selbstverwaltung wieder aufzunehmen. Dafür werden 1800 Bestellungen für das Strike-Bike benötigt (Preis für ein Fahrrad: 275 Euro). Unterstützt Kuba und Nordhausen! Spendet für dieses einmalige Solidaritätsprojekt! **Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!**

Cuba Sí

www.cuba-si.org, Spendenkonto
beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí:
Konto-Nummer: 4382 210 000
Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00
VWZ: Kuba muss überleben/Strike Bike



Einbeziehung der Brunnenanlage „Pustebblumen“ in die Neugestaltung des Brühl

Seit dem Bau des Bildermuseums auf dem Sachsenplatz wurde die dort befindliche Brunnenanlage entfernt. Damit verschwanden auch die von dem Leipziger Künstler Harry Müller geschaffenen Metallplastiken, im Volksmund auch als „Pustebblumen“ bezeichnet, in Materiallagern des Grünflächenamtes.

Mit der Neubebauung am Brühl zwi-

schen ehemaligem Kaufhaus und Hallischem Tor gibt es nun die Möglichkeit, die „Pustebblumen“ in der Nähe ihres ursprünglichen Standortes wieder aufzustellen. Um dem Nachdruck zu verleihen, bringt die Fraktion DIE LINKE einen Antrag ins Verfahren, wonach die Stadtverwaltung beauftragt werden soll, gemeinsam mit dem Investor mfi und dem Künstler zu prüfen, wie die „Puste-

blumen“ in das Umfeld des Neubaus einbezogen werden können. So halten wir es für möglich, die Wasserspiele in einer Grünanlage an der Richard-Wagner-Straße aufzustellen, aber auch in dem Durchgang, der in Anlehnung an die ehemalige Plauensche Straße zwischen Brühl und Richard-Wagner-Straße entstehen soll.

Damit würde auch unserem Anliegen im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum Antrag von Herrn Obser im Jahr 2003 entsprochen, der einen geeigneten Standort in der Nähe zum früheren Sachsenplatz favorisierte.

Horst Pawlitzky

Linksfraktion lehnt Erhöhung der Elternbeiträge ab!

Seit dem Jahr 2000 werden die Elternbeiträge in den Leipziger Kindertagesstätten in ständiger Regelmäßigkeit – mit einer Ausnahme im Jahr 2004 – angehoben.

Findet der neue Vorschlag der Stadtverwaltung zur Erhöhung der Beiträge Zu-

stimmung, dann haben sich in diesem Zeitraum seit 2000 die Elternbeiträge in den Krippen um 39,62 Euro (auf 197,51 Euro), im Kindergarten um 22,93 (auf 119,52 Euro) und im Hort um 15,46 Euro (auf 71,10 Euro) erhöht. Das ist den Eltern nicht länger zuzumuten.

Die Linksfraktion erwartet von der Stadt-

verwaltung, dass der prozentuale Anteil der Eltern an den Betriebskosten weiter abgesenkt wird, um die Beitragserhöhung zu verhindern. Zum anderen fordern wir, dass sich das Land endlich an den steigenden Betriebskosten beteiligt. Gegenwärtig werden die steigenden Kosten durch Eltern und Stadt getragen, während das Land einen seit Jahren feststehenden Pauschalbetrag zahlt.

Rüdiger Ulrich

Ein Sieg der politischen Vernunft

Oberbürgermeister Jung hat eingelenkt. Es wird wahrscheinlich keine unwürdige Auseinandersetzung um Formulierungen und Paragraphen geben. 41.000 Stimmen, die sich für eine Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger beim geplanten Verkauf der Stadtwerkeanteile aussprechen, haben ihn offenbar doch beeindruckt. So wurde der Zeitplan über-

dacht und ein voraussichtlicher Termin für den Bürgerentscheid genannt. Die Linksfraktion begrüßt diesen Schritt. Er ist gut für das Ansehen und das Amt des ersten Bürgers der Stadt sowie – mit Blick auf die Traditionen des Herbstes 1989 – auch für die politische Kultur in Leipzig.

Nunmehr erwarten wir einen breiten, sachlichen Dialog über das Für und Wider des Verkaufs von kommunalen Beteiligungen im Bereich der Daseinsfürsorge im Allgemeinen wie der Stadtwerke im Besonderen. Die Stadträtinnen und Stadträte der Linksfraktion werden mit ihren Argumenten für deren Erhalt eintreten und das ihre tun, um die erforderliche Stimmenzahl für ein entsprechendes Votum beim Bürgerentscheid zu erzielen.

Dr. Ilse Lauter

Sozialticket - Die Linken erhalten Unterstützung

Die Linksfraktion im Stadtrat zu Leipzig begrüßt außerordentlich, dass sich nun auch die drei Parteien Die Grünen, das Neue Forum und die SPD nach anfänglichem Zögern für die schnelle Einführung eines Sozialtickets aussprechen.

Damit erhält die LINKE wirkungsvolle Unterstützung in ihrem Bemühen, dar-

auf zu dringen, dass die Stadtverwaltung nun schnellstens den Verwaltungsstandpunkt zum gemeinsamen Antrag von SPD, Bündnis 90/Grüne und LINKE zur „Einführung eines Sozialtickets“ vorlegt.

Wir wollen, dass der Antrag in der Stadtratssitzung im November beschlossen

wird. Nur so lässt sich die ehrgeizige zeitliche Zielstellung der Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ umsetzen. Zum 1.1.2008 soll das Sozialticket für Leipzig-Pass-Inhaber für einen Preis von ca. 20,- Euro 24 Stunden am Tag zur Verfügung stehen.

Leipzig wäre dann die dritte deutsche Großstadt nach Berlin und Köln, die auf ein Sozialticket abfährt.

Rüdiger Ulrich

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Di., 27. November 2007 - 17:00 Uhr

Kornelia Richter lädt ein zum Gesprächskreis „Wie weiter?“ Alle Themen sind erlaubt – die Teilnehmer bestimmen selbst, worüber gesprochen wird. LHL.

Di., 27. November 2007 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Toleranz und Intoleranz – gestern und heute Mit Prof. Dr. Siegfried Wollgast, Dresden. Moderation: Prof. Dr. Hans-Martin Gerlach. RLS.

Mi., 28. November 2007 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Unsere neu gegründete Partei hat die Praogrammdebatte noch vor sich. Als Einstimmung und Vorbereitung darauf haben wir einen prominenten „Programmatiker“ eingeladen: Prof. Ekkhard Lieberam. Thema: Linke Programmatik - Klassenanalyse - Klassenpolitik. OV Stötteritz, Canapee, Holzhäuser Ecke Schönbachstraße.

Mi., 28. November 2007 - 18:30 Uhr

Bildungsabend: Ist das Verbot der NPD rechtlich möglich? Referent Jochen Beißert. Veranstalter: DIE LINKE. Messemagistrale. Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. d. 18. Oktober 10 a.

Mi., 28. November 2007 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Islamischer Fundamentalismus heute. Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Klagenfurth/Leipzig, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Fr., 30. November 2007 - 18:00 Uhr

„Rezitieren & Korrigieren“ Kleine Übungsstunde mit professionellem Ratschlag (In dieser Veranstaltung kann mit der Regisseurin und Schauspielerin Luise Wildorf gutes Text-Sprechen geübt werden...), LHL.

Do., 6. Dezember 2007 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Die russische Wirtschaft unter Putin. Zu Gast: Prof. Latschinian, LHL.

Do., 6. Dezember 2007 - 18:00 Uhr

Vorweihnachtliche literarisch-musikalische Soiree: Das säkularisierte Weihnachtsgedicht. Mit Prof. Dr. Klaus Schuhmann, Leipzig. Lesung Dr. Bernhard Scheller, musikalische Umrahmung Ilja Renk, RLS.

Fr., 7. Dezember 2007 - 14:00 Uhr

Plätzchenbacken im Bürgerbüro, Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Mo., 10. Dezember 2007 - 18:00 Uhr

Teeabend: „Der Samowar. Russland lädt zum Tee.“ mit Anton Groß, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Di., 11. Dezember 2007 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Investivlohn – Königsweg für Verteilungsgerechtigkeit? Mit Prof. Dr. Harry Nick, Berlin. Moderation: Dr. Dieter Janke, RLS.

Do., 13. Dezember 2007 - 17:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. Mit Dr. Elke Scherstjanoi, Berlin, RLS.

Do., 13. Dezember 2007 - 18:00 Uhr

Buchlesung: „Die Krise der Demokratie“ mit Prof. Werner Bramke, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Fr., 14. Dezember 2007 - 17:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Das strategische Dreieck und die sozialistische Vision. Mit Prof. Dr. Wolfgang Methling, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, RLS.

Fr., 14. Dezember 2007 - 19:00 Uhr

Vorweihnachtliche Finisage zur Ausstellung „Arbeit auf Teufel komm raus?“ mit Darbietung von Texten zum Thema Arbeit & Muße und Party mit DJ Bubble, linxxnet.

Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2008

Zur Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2008 in Berlin stellt der Stadtvorstand einen Bus bereit. Dieser fährt wie gewohnt am 13. Januar 2008, 6:00 Uhr in der Goethestraße ab. Die Kosten dafür betragen 10 Euro. Für die Mitfahrt ist eine verbindliche Anmeldung über die Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE im Liebknecht-Haus notwendig (Tel.: 1406441, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de)

Impressum:

Herausgeber:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.), Wolfgang Teske

Gestaltung:

Sören Pellmann

Druck:

Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 12/2007 ist Donnerstag, 6. Dezember 2007. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.